

**19. Wahlperiode**

**Schriftliche Anfrage**

**des Abgeordneten Tommy Tabor (AfD)**

vom 12. November 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 17. November 2021)

zum Thema:

**Kindesmissbrauch in Spandauer Kita I**

und **Antwort** vom 25. November 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 29. Nov. 2021)

Senatsverwaltung für Bildung,  
Jugend und Familie

Herrn Abgeordneten Tommy Tabor (AfD)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

**A n t w o r t**

**auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/10117**

**vom 12. November 2021**

**über Kindesmissbrauch in Spandauer Kita I**

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Gab es für Erzieher der von der AWO betriebenen Kitas in Spandau Angebote und/oder Fortbildungsmaßnahmen zur Prävention von
- Gewalt,
  - Mobbing,
  - Übergriffen
  - und sexuellem Missbrauchs?

(Bitte aufschlüsseln nach den Jahren 2016 – 2021, Kita)

2. Haben alle Mitarbeiter der unter 1. genannten Kitas an diesen Veranstaltungen teilgenommen bzw. teilnehmen können?

Zu 1. und 2.:

Die Personalhoheit sowie -verantwortung liegen bei den Trägern der Kindertagesstätten; hierzu zählt auch das Angebot themenbezogener Fortbildungen. Zu den Aufgaben der Fachkräfte gehören u.a. die Teilnahme an Fachberatungen und Fortbildungen (§ 11 Abs. 4 Kindertagesstättenförderungsgesetz). Das Fortbildungsangebot des Sozialpädagogischen Fortbildungsinstitutes und anderer Anbieter von einschlägigen Fortbildungsmaßnahmen steht grundsätzlich allen Kitafachkräften zur Verfügung. Detaillierte Angaben liegen dem Senat nicht vor.

3. Ist die psychologische Betreuung für traumatisierte Mitarbeiter der betroffenen Einrichtung sichergestellt bzw. welche Angebote gibt es?

Zu 3.:

Der Träger hat für alle Beschäftigten sofort psychologische Unterstützung sowohl in Form von Einzel- als auch Gruppenberatungen angeboten. Diese Unterstützungsangebote bestehen fort.

Berlin, den 25. November 2021

In Vertretung  
Sigrid Klebba  
Senatsverwaltung für Bildung,  
Jugend und Familie